

II-4953 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2448/J

1992-02-26

A N F R A G E

der Abgeordneten Burgstaller, Freund
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend den geplanten Personalabbau bei der AMAG in Ranshofen

Nach einem Gutachten des Verfassungsdienstes vom Juli 1985 fallen die Aktivitäten der ÖIAG-Betriebe nicht unter den Begriff der "Vollziehung des Bundes" bzw. der "Tätigkeit des Bundes als Träger von Privatrechten" und unterliegen damit auch nicht dem parlamentarischen Anfragerecht. Diesem Anfragerecht unterliegen laut VD-Gutachten nur die Tätigkeiten der Verwaltungsorgane in den Organen dieser Unternehmen, nicht jedoch Handlungen, die von Unternehmensorganen gesetzt werden. Auf dieses Gutachten wird in den Anfragebeantwortungen zum Bereich der Verstaatlichten Industrie laufend verwiesen. Für den Abgeordneten ergibt sich aus dieser rechtlichen Situation die Konsequenz, daß er zwar als Abgeordneter die Verantwortung einer Gesamtbelastung des Steuerzahlers von mehr als 100 Milliarden Schilling aus den ÖIAG-Finanzierungsgesetzen trägt, daß er aber keine Möglichkeit einer hinreichenden Kontrolle der Tätigkeit der Unternehmensorgane hat. Da aber noch bis über das Jahr 2000 hinaus jährlich Milliardenbeträge zur Abstattung von Zinsen und Tilgungen aus den ÖIAG-Finanzierungsgesetzen zu leisten sein werden, ergibt sich daraus in den Augen des Erstunterzeichners eine sachliche Rechtfertigung und Verpflichtung, Angelegenheiten im Bereich der ÖIAG-Betriebe zu hinterfragen, die direkte Auswirkungen auf den Steuerzahler haben. Aus Sicht eines Abgeordneten ist es daher auch nicht unerheblich, inwieweit die ÖIAG-Betriebe bereit sind, auch Fragen nach bestem Wissen und Gewissen und vollständig zu beantworten, die sich auf die Tätigkeit der Unternehmensorgane beziehen.

- 2 -

Nach Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte am Standort Ranshofen sollen in unmittelbarer Zukunft am Standort Ranshofen ca. 1.300 Arbeitsplätze verloren gehen. Da der derzeitige Beschäftigtenstand 3.322 beträgt, heißt das, daß der Beschäftigtenstand um rund 39 % verringert wird. Davon entfallen die bekannten 750 Arbeitsplätze auf die Elektrolyse und weitere ca. 550 Stellen auf die verschiedenen Bereiche der AMAG in Ranshofen. Die AMAG-Holding selbst soll nach Linz verlegt werden und es steht noch nicht fest, wieviele Mitarbeiter von dieser Maßnahme betroffen sein werden. Abgesehen davon, daß diese geplanten Personalreduzierungen bei der AMAG alle Zahlenangaben der ÖIAG über den im Jahr 1992 zu erwarteten Personalabbau von 2000 Mitarbeitern im gesamten ÖIAG-Bereich zur Makulatur machen, würde ein Personalabbau im dargestellten Ausmaß den Standort Ranshofen in der Substanz treffen. Selbstverständlich ist es notwendig, durch Rationalisierungsmaßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der AMAG sicherzustellen und die Betriebsräte betonen ausdrücklich, daß sie sich nicht gegen den Abbau der durch verschiedene Aus-, Um- oder Eingliederungen freigewordenen Kapazitäten wehren und daß sie auch akzeptieren, daß durch die Schließung der Elektrolyse im Verwaltungsbereich Einsparungen erfolgen müssen.

Die nun geplanten Maßnahmen stellen jedoch in den Augen der Arbeitnehmervertreter eine Aushöhlung des Standortes Ranshofen dar, obwohl auf diesem Standort überwiegend positive Ergebnisse mit Ausnahme der Hütte erzielt werden konnten. Die Arbeiter des AMAG-Standortes Ranshofen haben die Sorge, daß durch diesen neuerlichen massiven Personalabbau der Standort Ranshofen auf Dauer solange abgewertet wird, bis ein Betrieb insgesamt nicht mehr interessant ist. Es wird befürchtet, daß durch die jetzige unklare Situation der AMAG und durch den angekündigten Personalabbau eine Reihe von guten, qualifizierten und engagierten Mitarbeitern der AMAG von sich aus das Unternehmen verlassen wird und daß genau diese Mitarbeiter dann fehlen werden, wenn die Aluminiumkonjunktur wieder besser wird.

- 3 -

Unabhängig von den betriebswirtschaftlichen Fragen, stellen 1.300 Arbeitsplätze auch für die gesamte Region Braunau einen erheblichen wirtschaftlichen Faktor dar. Ein radikaler Personalabbau um annähernd 40 % würde für die gesamte Region einen erheblichen Kaufkraftverlust zur Folge haben und in weiterer Folge Schwierigkeiten für die übrige Wirtschaft der Region, die ohnedies mit der harten Konkurrenz des benachbarten Deutschland zu kämpfen hat. Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e

1. Ist es richtig, daß die Zahl der Arbeitsplätze am AMAG-Standort in unmittelbarer Zukunft um 1.300 reduziert werden soll?
2. Von welcher Beratungsfirma wurde die Studie erstellt, die diese Empfehlung abgibt?
3. Wieviel hat diese Studie gekostet?
4. Warum soll die AMAG-Holding nach Linz verlegt werden?
5. Wieviele Beschäftigte des Standortes Ranshofen wären von dieser Verlegung der Holding nach Linz betroffen?
6. In welchen Bereichen der AMAG soll der Personalstand im einzelnen verringert werden?
7. Welche Investitionsvorhaben sind in den nächsten 2 Jahren für den AMAG-Standort Ranshofen geplant?

- 4 -

8. Welche unternehmenspolitischen Zielsetzungen wird die AMAG am Standort Ranshofen in den nächsten 2 Jahren im einzelnen verfolgen.
9. Welches operative Ergebnis erreichte die AMAG 1991?
10. Welches operative Ergebnis wird für 1992 erwartet?